

Nushasi 5 Krupur
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN
 Aylık Türk Lirası 1.50 R.M. 5.-
 Üç aylık " 4.25 " 13.-
 Altı aylık " 8.- " 25.-
 Bir sene için " 15.- " 50.-
 yabuk nakitahhıl.
 Haftada 6 defa çıkar.
 (Tarihane)
 Tekke-Caddesi No. 585 ve 587
 Telgraf adresi: TARKİPÖST.
 Telefon: 44.606.
 Posta Kutumu: İstanbul 1204.

Türkische Post

Precis der Einzelnummer: 5 Krup
BEZÜSPREISE
 Inland Ausland
 1. Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.-
 3 Monate " 4.25 " 13.-
 6 Monate " 8.- " 25.-
 12 Monate " 15.- " 50.-
 oder Gegenwert
 Erscheint wöchentlich 6 mal.
 Geschäftsleitung:
 Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: TARKİPÖST.
 Fernsprecher: 44.606.
 Postfach: İstanbul 1204.

8. Jahrgang Nr 64 **Tageszeitung für den Nahen Osten** İstanbul, Sonnabend, 18. März 1933

Wandlung der Geister

Gestern schlugen die Wellen der großen Umwälzung, die die Gemüter der Heimat wunderbar erregt und alle Herzen bewegt, auch in unseren Kreis: die schwarz-weiß-rote Fahne, die Farben des Reiches von einst, die Farben unter denen die Besten des Vaterlandes einst für die Heimat bluteten, und die Fahne der Partei, die allen Widerständen zum Trotz mit eiserner Kraft auf dieses Ziel hingearbeitet hat, wehten zum ersten Male von den Flaggenstangen der Vertretung des Deutschen Reiches in Ankara und Istanbul.

Ist eine Revolution mit allen ihren Auswirkungen, deren Zeugen wir gestern waren?

Man wird diese Frage bejahen müssen, wenn man die Wandlung der Geister, betrachtet, die dazwischen sich vollzog. Die trockene Wahlmathematik, die Ziffern des letztvergangenen Sonntags reden eine allzu beredte Sprache, als daß sie von wem auch immer überhört werden könnte: bei höherer Wahlbeteiligung im Ganzen verlieren die Parteien, die bisher die Politik des Vaterlandes führten, an Stimmen. Alle neuverworfenen Stimmen aber, die der Gleichgültigen und Allzuklugen, und noch ein gut Teil mehr sind den Parteien zugefallen, deren Symbol gestern neben den Farben des Reiches glänzte wurden. — Ja eine Revolution, eine Erneuerung der Geister und der Seelen.

Und dennoch sind die Vorgänge in der Heimat nicht im Entferntesten mit solchen zu vergleichen, die uns die Geschichte als Revolution übermitteln hat. — Nicht mit Waffengewalt und Kampfgeschrei ward diese Wandlung, sondern auf dem Wege, den die vom Schauplatz abtretenden Parteien, sie, die selber die neue Reichsverfassung schufen, eigens — vielleicht nicht allzu — in dieser Verfassung vorgegeben hatten. Eine Wandlung, die um unserm verehrten Reichspräsidenten angeht, in kurzer Frist die Ergebnisse zeitigte, deren Zeugen wir heute sind, wenn man so will, eine „Revolution von oben“.

Eine Revolution, die gelenkt und geleitet wird, von Männern, die seit Längerem genau wissen, was sie wollen, die ihre Pläne jetzt nach lang vorbereiteten Plänen durchführen, schrittweise, sodaß das Neue Zeit hat, sich organisch aus dem Alten zu entwickeln. Die kleineren Uebergänge, die da und dort vorgekommen sind, sind in diesem Gesamt-bilde Einzelerscheinungen, denen allgemeine Bedeutung nicht inne wohnt.

Aber schließlich mögen sich auch die, die den inneren Wandlungen der Heimat fernher stehen, die sich, sozusagen an die Farben der Republik von 1918 gewöhnt hatten, vorgegenwärtigen, wie denn diese Farben eigentlich zustande gekommen sind. Ueber sie ward entschieden, als in Weimar sich die Parteien gegenüber standen, die hier den Anschluß an Rußland predigten, dort das Reich erhalten wollten. Damals lautete die Parole: Rot mit Sichel und Hammer auf der einen Seite und die Farben des Reichstags der Paulskirche auf der anderen Seite. Da wählten gar manche, denen das Herz über die Gürtel, die Farben von Frankfurt, um des Reiches willen. So ward die Flagge, die gestern verschwand.

Damit aber ist die symbolische Wandlung der gestrigen Feier in den Großen Rahmen gespannt, der die ganze jüngste Geschichte des Vaterlandes kennzeichnet, das ist der Abbau der unmöglichen Bestimmungen des Diktats von Versailles, Abbau zunächst einzelner kleiner Bausteine aus dem Zwingwall, den man gerne um uns errichtet hätte, dann immer größerer Blöcke, bis endlich in den letzten Wochen ganze Mauerteile einstrichen.

Weitere werden folgen; das ist unser aller Wille und Wunsch.

Neue Regierung in Bayern

München, 16. März.
 Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat heute seine Amtsgeschäfte niedergelegt.

Reichskommissar von Epp hat daraufhin eine Verordnung erlassen, derzufolge die Befugnisse des Gesamtministeriums auf ihn und das von ihm ernannte kommissarische Ministerium übergehen. Er selbst übernimmt in diesem Ministerium die Stellung des Ministerpräsidenten und des Außenministers, das Innenministerium Staatskommissar Adolf Wagner, das Finanzministerium Staatskommissar Siebert, Justiz Dr. Frank II, Kultus- und Unterrichtsministerium Staatskommissar Schemm. Die Kommissare für besondere Verwendung Esser und Röhm verbleiben auf ihrem Posten.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Macdonalds Abrüstungsplan

Genf, 16. März.
 Der englische Ministerpräsident stellte fünf Grundsätze auf, nach denen man vorgehen müsse:

1. Die Festsetzung einer Übergangszeit von 5 Jahren für die gerüsteten und die entwaffneten Staaten.
2. Bekundung des Willens zur Abrüstung vor aller Welt.
3. Ein ständiges Kontrollorgan zur Sicherung der Abrüstung.
4. Ein besonderes Organ, das schon jetzt eingesetzt werden müßte, um weitere Rüstungs-herabsetzungen nach den ersten 5 Jahren vorzubereiten.
5. Schaffung einer Vertrauensmossäre, um die politischen Schwierigkeiten der Gegenwart zu überwinden.

Wichtiger als alles andere sei jetzt, daß die Konferenzen nicht erfolglos auseinander gehen, denn das würde Kriegsfahrt bedeuten. Die Welt habe genug Krieg und Feindschaft gehabt.

Macdonald hielt heute in Genf seine angekündigte große Rede zur Abrüstungsfrage und legte seinen Plan vor.

In Erwartung der Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten hatte sich eine große Zahl von Vertretern sämtlicher Nationen eingefunden, sehr viele Pressevertreter und ein zahlreiches Publikum.

Macdonald richtete einen letzten Appell an die Abrüstungstagung und erklärte, daß jetzt der letzte Abschnitt der Tagung gekommen sei und von allen neue Zugeständnisse verlangt werden müßten, um zu einer Lösung zu gelangen.

Die Pariser Schuldenverhandlungen

Ankara, 16. März.
 Die Pariser Schuldenverhandlungen werden fortgesetzt. Sarradich Ogju Schükriü Bey hat von der Regierung die letzten Weisungen erhalten.

Wenn beide Teile sich einigen werden, wird dieser Tage die Unterzeichnung des Abkommens erfolgen.

Ungarns Außenminister bei Mussolini

Rom, 17. März.
 Mussolini empfing heute den ungarischen Außenminister, der noch vor dem Eintreffen Macdonalds in Rom den Standpunkt der ungarischen Regierung darlegen wollte.

Reichsregierung und Auslandsdeutschtum

Die wichtigsten Aufgaben, die der neuen Regierung im Reich zur Lösung gestellt sind, liegen sowohl auf innerpolitischem wie auch auf außenpolitischem Gebiet. Im Innern wird sie sich zielbewußt dem Wiederaufbau des zerstörten deutschen Wirtschaftslebens und der Neuordnung des Steuer- und Finanzwesens widmen müssen. In der Außenpolitik liegt die nächste Aufgabe in den unmittelbar bevorstehenden neuen Beratungen in Genf um Gleichberechtigung und Abrüstung. Daneben werden in nächster Zeit auch die Beziehungen Deutschlands zu den anderen Staaten, insbesondere den europäischen Großmächten, stärker an Bedeutung gewinnen. Aber wichtiger und vorrangiger noch als die Frage der Interessensabgrenzung oder Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Staaten wird die Stellung der neuen Reichsregierung zum Auslandsdeutschtum sein.

Es liegt auf der Hand, daß die Frage nach dem politischen Schicksal der vielen Millionen deutscher Volksgenossen jenseits der Reichsgrenzen für sie ein anderes politisches Gewicht besitzt als für ihre Vorgängerinnen, die trotz oder gerade wegen ihrer internationalen Interessen und Rücksichten und trotz der bereitwilligen Mitarbeit im Genfer Völkerbund die Nationalitätenfrage nur als eine Nebenfrage behandelten und ihr dementsprechend auch nur eine geringe Bedeutung beigemessen haben. So sehr sich z. B. Stresemann seit der Völkerbundtagung in Madrid für eine ihm vorschwebende Lösung der Minderheitenfrage durch den Völkerbund einsetzte, so wenig Verfall ist ihm hinsichtlich gewesen. Das Verhältnisverhältnis der Nationalitäten zum Völkerbund und seinem Beschwerdeverfahren wurde am deutlichsten dadurch gekennzeichnet, daß die letzte Tagung des Nationalitätenkongresses nicht mehr in Genf, sondern in Wien stattfand. Die Atmosphäre des Völkerbunds hatte sich für die Behandlung der Nationalitätenfrage, sowohl nach der rechtlichen wie nach der politischen Seite hin als unfruchtbar erwiesen. Irgendeine Forderung aus dieser Tatsache haben die früheren Regierungen im Reich nicht gezogen.

Eine Aenderung in der bisherigen Haltung zur Auslandsdeutschtumsfrage kann nur in der Richtung liegen, daß sie nicht mehr als eine für die deutsche Außenpolitik wenig belangreiche Nebenfrage, sondern als eine Grund- und Kernfrage behandelt wird. Wenn die neue Reichsregierung über kurz oder lang eine größere außenpolitische Aktivität entwickeln wird, etwa in der Richtung nach dem Osten oder Südosten Europas hin, dann wird sie darauf bestehen müssen, daß eine andere, rechtlich und politisch neu begründete Behandlung der geschlossenen deutschen Volksgruppen durch die fremden Regierungen die Voraussetzung für eine irgendwie geartete Zusammenarbeit zwischen Deutschland und eben jenen Staaten bilden muß. Die Frage des Auslandsdeutschtums zum Angelpunkt der gesamten mitteleuropäischen Politik erhoben werden, weil in die Rechtsgrundlagen für das Zusammenleben der europäischen Völker beschlossen liegen:

„Gerade jetzt, so heißt es in einer Korrespondenz des Generalsekretariats des Nationalitätenkongresses, dürfte es erwiesen gelten, daß die grundsätzliche Einstellung unserer Gemeinschaft, neben der Formulierung von Protekten gegen den heutigen Zustand der Dinge noch konstruktiv an der Klärung aller bestehenden Hindernisse und Möglichkeiten zur effektiven Lösung des Problems eines reibungslosen Zusammenlebens aller Völker und Volksgruppen in den einzelnen europäischen Staaten mitzuwirken, richtig war.“

Eine Reihe von grundsätzlichen Forderungen werden in Zukunft besonders beachtet werden müssen.

1. Nach der allgemeinen Aussprache der Beziehungen zu Religion und Volkstum auf dem Nationalitätenkongreß des vergangenen Jahres muß der Frage: Religion und Muttersprache besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Durch verschiedene Ereignisse der letzten Monate in einer Reihe von Staaten hat diese Frage für die verschiedenen

Der Kampf gegen Kommunismus und Sozialdemokratie

München, 16. März.
 In Bayern sind mehrere ausländische Zeitungen bis zum 9. September verboten worden, darunter die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ und die englische Zeitung „New Statesman“.

Darmstadt, 17. März (A.A. nach WTB).
 Der Reichskommissar verbot die sozialistischen und kommunistischen Verbände in Hessen.

Karlsruhe, 17. März (A.A. nach WTB).
 Der Reichskommissar verbot die sozialistischen und kommunistischen Uniformen und Abzeichen.

Hamburg, 17. März (A.A.).
 Der deutsche Fasizist, General v. Schöningh, wurde heute Nacht verhaftet. Sein Briefwechsel und seine Urkunden beschlagnahmt.

Berlin, 17. März.
 Der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Prof. Dr. Wagemann, und dessen Stellvertreter, Dir. Dr. Wohlmannsdörfer, beurlaubt.

Berlin, 17. März.
 Der „Republikanische Richterbund“ hat seine Auflösung beschlossen und auch bereits durchgeführt.

Berlin, 17. März (A.A.).
 Die Reichsbahn-Gesellschaft hat auf Grund des Flaggenrechts des Reichspräsidenten beschlossen, die schwarz-rot-goldenen Kokarden der Bahnbeamten abzuschaffen.

Dresden, 17. März.
 Der Reichskommissar für öffentliche Sicherheit in Sachsen, v. Killinger, hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, worin er zur Ruhe und Ordnung mahnt und die vorbereitenden Maßnahmen der SS. und SA. dankend anerkennt. Zugleich aber werden alle Eingriffe dieser Organisationen in die Verwaltung und Polizeibefugnisse wieder aufgehoben, soweit sie nicht von Frankreich bestirmt werden.

Der Kommissar kündigt strengste Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung an und warnt vor Kundgebungen gegen die Regierung, damit niemand an Leib und Leben Schaden nehme.

Dresden, 17. März.
 Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat hat der Reichskommissar für Sachsen mit sofortiger Wirksamkeit die Wahlen für Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte verboten.

Berlin, 17. März.
 Der Thüringische Innenminister verbot alle der kommunistischen Partei nahestehenden Verbände wie die „Liga für die Bekämpfung des Faschismus“ und die „Internationale Arbeiterhilfe“.

Ebenso wurde die „Sozialistische Arbeiterjugend“ in Thüringen verboten und aufgelöst.

Berlin, 17. März (A.A.).
 Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ beschloß sich aufzulösen.

Die Mitglieder lehnen jede Verantwortung für die Tätigkeit ab, die frühere Vorstandsmitglieder etwa im Ausland aufnehmen könnten.

Schwera, 17. März (A.A. nach WTB).
 Die Regierung von Mecklenburg-Schwern verbot das „Reichsbanner“ und die „Eiserne Front“ und das Tragen von Abzeichen dieser Verbände.

Das Eigentum der genannten Verbände wurde beschlagnahmt.

Dessau, 17. März (A.A. nach WTB).
 Die anhaltische Regierung verbot alle sozialdemokratischen Verbände.

Berlin, 17. März.
 Die sozialdemokratische Parteileitung hat den nach Frankfurt einberufenen Parteitag, der bereits vorige Woche sich hätte versammeln sollen, auf unbestimmte Zeit verschoben.

Zwischenfälle

Freiburg, 17. März (A.A. nach WTB).
 Als die Polizei bei dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Nussbaum eine Hausdurchsuchung vornahm, schloß der Abgeordnete auf die Beamten und tätete einen von ihnen. Ein anderer wurde schwer verletzt.

Karlsruhe, 17. März.
 Im Zusammenhang mit der Erschießung eines Polizeioffiziers in Freiburg i. Br. durch

Die Heeresstärken

Die einzelnen Mächte sollen folgende Mannschafstärken unterhalten dürfen:

Land	Heeresstärke	insgesamt
Rußland	500 000	500 000
Frankreich	200 000	400 000
Italien	200 000	250 000
Polen	200 000	200 000
Spanien	120 000	170 000
Rumänien	150 000	150 000
Belgien	60 000	75 000
Holland	25 000	75 000

Für die Landrüstungen ist weiter eine starke Vermeidung der schweren Angriffswaffen vorgesehen, besonders für Tanks und schwere Artillerie.

Für die Seerüstungen seien bereits Abrüstungsverträge vorhanden, aber es sei nicht Schuld der britischen Abordnung, wenn diese Verträge noch nicht verallgemeinert worden seien. Diese Flottenverträge sollen noch bis 1935 in Kraft bleiben, dann werde eine neue Tagung über weitere Herabsetzungen der Seerüstungen beraten und beschließen.

In der Luftfahrt nicht der englische Plan das Verbot des Luftbombardements vor.

Macdonald betonte am Schluß seiner Rede, daß manche der anwesenden Vertreter sachlich noch so weit voneinander entfernt seien, daß es auch ihm selbst während seiner Anwesenheit in Genf nicht gelungen sei, eine Brücke zur Verständigung zu bauen. Gleichwohl müßte diese Brücke noch gebaut werden.

Die Abrüstung sei nicht Selbstzweck, sondern ein Beitrag zum Frieden, und darauf komme es an.

Macdonald schloß mit der Mahnung, den großen Forderungen der Stunde Rechnung zu tragen, die Verrufung zu lassen und die Verantwortung zu übernehmen.

Die Worte des englischen Premier wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Deutschlands Stellungnahme

Nach Macdonald sprachen noch der französische Ministerpräsident, der amerikanische Vertreter Botschafter Gibson und der deutsche Vertreter Botschafter Nadolny.

Dieser gab im Namen der deutschen Regierung eine Erklärung ab, in der er u. a. betonte, die deutsche Regierung begrüße wärmstens den

Macdonalds Romreise

Genf, 17. März.
 Der englische Ministerpräsident und der Außenminister werden sich morgen im Flugzeug nach Rom begeben.

Das Flugzeug wird von dem italienischen Luftfahrtminister Balbo persönlich geführt werden.

Hitler in München

München, 17. März.
 Reichskanzler Adolf Hitler ist heute abend um 19 Uhr mit Flugzeug in München eingetroffen.

Flugverordnung für den 21. März

Berlin, 17. März.
 Der Reichskommissar für Luftfahrt, Reichsminister Goering, hat folgende Verordnung erlassen:

Zum Tage der Eröffnung des Reichstags, d. h. am 21. März, werden die Stadtgebiete von Berlin und Potsdam als Luftsperrgebiete erklärt.

Das Ueberfliegen dieser Gebiete ist verboten.

Zu widerhandlungen werden nach dem Luftverkehrsgesetz bestraft.

Oesterreich und die Neuordnung im Reich

Berlin, 17. März (A.A. nach Havas).
 Der österreichische Gesandte in Berlin, Tauschitz, erklärte auf Befragen, daß die politische Umwälzung im Reich den nationalen Gedanken in Oesterreich beträchtlich gestärkt habe. Ueber Oesterreichs Außenpolitik sagte er: „Keine Lösung ohne Deutschland, alle Lösungen mit Deutschland!“

Wechsel in der Reichsbankleitung

Schacht tritt an Luthers Stelle

Berlin, 16. März.
 Der Generalrat der Reichsbank genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Rücktritt des bisherigen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther.

Zum neuen Reichsbankpräsidenten wählte der Generalrat einstimmig den früheren Präsidenten Dr. Schacht.

Um die Bestätigung dieser Wahl durch den Reichspräsidenten ist nachgesucht worden.

Dem scheidenden Reichsbankpräsidenten brachte der Generalrat den herzlichsten Dank zum Ausdruck für die hervorragenden Verdienste, die sich Dr. Luther in den letzten Jahren schwerster Krisenzeit um Währung und Wirtschaft erworben habe.

In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat Dr. Luther die Gründe dargelegt, die ihn zu seinem Rücktritt veranlaßt hätten.

Er weist in diesem Schreiben darauf hin, daß die Reichsbank in enger Zusammenarbeit mit der Reichsregierung wirken müßte, um bei der Neuordnung der Verhältnisse ihre Aufgabe zu erfüllen. Die Herstellung dieser Verbindung von Reichsbank zur Reichsregierung sei eine der besonderen Aufgaben des Reichsbankpräsidenten. Seinen Unterredungen mit dem Reichskanzler habe er entnehmen müssen, daß seine Person in der Erfüllung dieser Aufgabe eine Hemmung bedeute. Um diese Hemmung zu beseitigen, habe er sich entschlossen, seinen Posten frei zu machen.

Zum Schluß betont Dr. Luther, daß die neue Reichsregierung keinerlei Währungsversuche zu unternehmen gedanke, wie dies ja auch aus den mehrfachen Versicherungen der Reichsregierung hervorgehe.

In seinem Antwortschreiben an Dr. Luther dankt der Reichspräsident mit Dankbarkeit und Anerkennung der vielfachen Verdienste, die sich Dr. Luther um Deutschland erworben habe. Dr. Luthers Mitarbeit bei der Ueberwindung der Inflation und der Ueberleitung der gesamten deutschen Wirtschaft in geordnete Verhältnisse würde als ein besonderes Verdienst in der deutschen Geschichte weiterleben. Ebenso seine Verdienste um die deutsche Währung in der Krisenzeit der letzten Jahre.

Freilassung der Bouthener Verurteilten

Berlin, 17. März (A.A. nach WTB).
 Auf Anordnung des Reichskanzlers Hitler werden die 5 Nationalsozialisten, die am 22. August 1932 in Beuthen wegen der Ermordung eines polnischen Kommunisten zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden, freigelassen.